LAND BRANDENBURG

BERLIN
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe

Ministerium für Wirtschaft, Energie, Klimaschutz und Europa

Ministerium für Wirtschaft, Energie, Klimaschutz und Europa
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
Martin-Luther-Straße 105
10825 Berlin

Berlin/Potsdam, 17.11.2026

Pressemitteilung

Berlin und Brandenburg schließen Prüfung zur gemeinsamen Bewerbung bei der World Expo 2035 ab

Standort Schönefeld wird nicht weiterverfolgt – Berlin prüft Alternativen

Berlin und Brandenburg haben in den vergangenen Monaten eine mögliche gemeinsame Bewerbung der beiden Bundesländer um die internationale Weltausstellung „World Expo 2035" am Standort Schönefeld geprüft. Der Bericht der länderübergreifenden Arbeitsgruppe liegt nun vor.

Die Untersuchung macht deutlich: Eine World Expo könnte spürbare wirtschaftliche Impulse für die Hauptstadtregion setzen und ihre internationale Sichtbarkeit erhöhen. Zugleich hat die Prüfung des vorgeschlagenen zentralen Ausstellungsgeländes in Schönefeld erhebliche Herausforderungen offengelegt. Insbesondere bei der Verkehrsinfrastruktur, der Flächenverfügbarkeit sowie der planerischen und zeitlichen Umsetzbarkeit bestehen Risiken, die schwerer wiegen als die erwarteten Vorteile.
Die Idee einer gemeinsamen Bewerbung der beiden Bundesländer mit dem Standort Schönefeld soll daher nicht weiterverfolgt werden.

Stattdessen könnten andere Standorte in Berlin für ein zentrales Veranstaltungsgelände in Frage kommen. Das wird aktuell durch die beteiligten Senatsverwaltungen – die für Wirtschaft sowie wie die für Stadtentwicklung und die für Verkehr und Umwelt verantwortliche – geprüft. Sollte ein Standort in Berlin möglich sein, wird auch dafür eine Kooperation mit Brandenburg in der Metropolregion angestrebt.

Brandenburgs Wirtschaftsministerin **Martina Klement**:
„Eine World Expo kann große Chancen für die gesamte Hauptstadtregion eröffnen. Dafür braucht es allerdings einen geeigneten Standort, an dem ein solches Großprojekt auch erfolgreich und bezahlbar realisiert werden kann. Die in Schönefeld geprüfte Fläche hat große Herausforderungen und Risiken bei der notwendigen Infrastruktur, der Flächenverfügbarkeit und der Nutzungsmöglichkeiten des Geländes

Landesregierung Brandenburg | MWEKE | Pressesprecherin Eva Jobs
Telefon: 0331 866-1509, E-Mail: pressestelle@mweke.brandenburg.de
Internet: mweke.brandenburg.de, Instagram, LinkedIn: @mweke.brandenburg

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe | Pressesprecherin und stellv. Sprecherin des Senats Lisa Frerichs
Telefon: 030 9013-8112 E-Mail: Lisa.Frerichs@senweb.berlin.de
Internet: berlin.de/sen/web/

aufgezeigt. Deshalb werden wir eine Bewerbung mit Schönefeld als zentralem Expo-Standort nicht weiterverfolgen. Sollte sich Berlin mit einem Veranstaltungsgelände innerhalb der Stadtgrenzen bewerben, würden wir uns an einem dezentralen Konzept mit Standorten in Brandenburg natürlich gerne beteiligen."

Berlins Wirtschaftssenatorin **Franziska Giffey**:
„Berlin ist eine Stadt mit internationaler Strahlkraft, die Menschen, Ideen und Unternehmen aus aller Welt anzieht. Diese Weltoffenheit und Anziehungskraft bieten die Chance, die Hauptstadtregion auf der internationalen Bühne zu präsentieren. Die Prüfung von Berlin und Brandenburg war ein wichtiger Schritt, um die gemeinsamen Möglichkeiten und Rahmenbedingungen fundiert auszuloten. Ich bedauere, dass diese Möglichkeit sich nun als nicht ausreichend geeignet erweist. Dennoch: Die Idee, eine World Expo nach Berlin zu holen, ist für uns eine geniale Entwicklungschance für die Zukunft unserer Stadt – aus wirtschaftlicher und auch aus gesellschaftspolitischer Sicht. Wir sehen für Berlin weiterhin große Potenziale und wollen eine Berliner Bewerbung voranbringen. Deshalb prüfen wir jetzt intensiv eine erfolgversprechende Alternative in Berlin."

An der gemeinsamen Prüfung des Standortes Schönefeld unter Leitung der Berliner Wirtschaftssenatorin Giffey und der brandenburgischen Wirtschaftsministerin Klement waren Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschafts- und Finanzressorts beider Länder, der Wirtschaftsfördergesellschaften, der Investitionsbanken sowie weiterer Institutionen beteiligt. Untersucht wurden die organisatorischen und rechtlichen Voraussetzungen, der Business Case sowie die infrastrukturellen und räumlichen Bedingungen für einen möglichen zentralen Expo-Standort in Schönefeld.